

NEWS S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

Nr. 11

Juni 2007

FIR protestiert gegen die Zerstörung des sowjetischen Ehrenmals in Tallinn

Ohne auf internationale Proteste und mahnende Worte der demokratischen Öffentlichkeit zu reagieren, setzte die estnische Regierung die Demontage und Schändung des sowjetischen Ehrenmals für die Befreier Estlands vom Faschismus Ende April 2007 mit brutaler Polizeigewalt durch. Dies ist der Endpunkt einer politischen Entwicklung, in der die Estnische Regierung eine verhängnisvolle Haltung von Geschichtsrevision und Missachtung der historischen Leistung des antifaschistischen Befreiungskampfes an den Tag legte.

Schon im Januar 2007 sah sich die FIR veranlasst, in einem Schreiben an den estnischen Ministerpräsidenten Ansip vor einer geplanten Demontage des Mahnmals zu warnen.

Sehr geehrter Ministerpräsident Ansip, mit Irritation und Empörung haben wir, die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels Presseberichte zur Kenntnis nehmen müssen, dass das estnische Parlament am 10. Januar 2007 mit großer Mehrheit ein »Gesetz über den Schutz von Soldatengräbern« verabschiedet hat, mit dem jedoch in der Realität der Abriss sowjetischer Ehrendenkmäler im Land und die »Umbettung« sowjetischer Gefallener verbunden ist.

Konkret sollen die sterblichen Überreste sowjetischer Soldaten beseitigt werden, die bei der Befreiung Tallinns von Nazitruppen starben und in der Nähe eines zentral in der Stadt gelegenen Denkmals beigesetzt wurden. Das Denkmal selbst soll ebenfalls geschleift werden. In Zeitungsberichten werden Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Aussage zitiert, bei dem sowjetischen Ehrenmal in Tallinn handele es sich

um ein »Symbol der sowjetischen Besetzung Estlands«. Dafür sei kein Platz im Zentrum der Hauptstadt.

Wir sind über diese geplante Schändung der würdigen Gedenkorte für diejenigen, die ihr Leben eingesetzt haben, Europa von der Geißel des Faschismus zu befreien, zutiefst empört. Das ist in unseren Augen ein schwerwiegender Verstoß gegen die demokratischen Grundlagen Europas und widerspricht den Werten der europäischen Vereinigung.

Besonders empört uns, dass auf der anderen Seite im Sommer vergangenen Jahres Veteranen der 20. SS-Division in dem estnischen Ort Sinimae Denkmäler für SS-Angehörigen aus Belgien und den Niederlanden einweihen konnten.

Wir werden unsere Mitgliedsverbände über diesen skandalösen Vorgang informieren und erwarten von Ihnen, dass dieser Gesetzesvorstoß nicht in Realität umgesetzt wird.

In einem ausführlichen Antwortschreiben an die FIR versicherte die estnische Botschaft in Deutschland, dass das Gesetz über die Demontage wegen Verstoßes gegen die estnische Verfassung vom Präsidenten nicht unterzeichnet würde, damit eine Demontage nicht rechtens sei. Eine gleichlautende Antwort erhielt noch im April 2007 Sarah Wagenknecht, Abge-

ordnete des europäischen Parlaments, die sich besorgt mit dieser Entwicklung beschäftigen.



Das Denkmal der sowjetischen Befreier in Tallinn.

Ungeachtet dieser offiziellen Erklärungen begann die estnische Regierung, die sich nach den Parlamentswahlen vom März politisch gestärkt sah, mit den Vorbereitungen der Demontage des Denkmals. Junge Esten, die viele Tage Mahnwache an diesem Denkmal gehalten hatten, wurden mit brutaler Polizeigewalt auseinandergetrieben, es gab zahllose Verletzte, selbst ein Toter der Unruhen war zu verzeichnen. Mit aller Härte setzten Polizei und Staat ihre Politik durch. Sie ließen sich auch nicht durch politische Proteste aus Russland und anderen Staaten beirren.

Mit einem Schreiben des Präsidenten der FIR, Michel Vanderborght, an die estnische Regierung hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von Widerstandskämpfer-, Verfolgten- und Veteranenverbänden aus allen Teilen Europas und Israels, gegen die Verlagerung des sowjetischen Ehrenmals in der estnischen Hauptstadt Tallinn protestiert.

„Wir sehen in dieser Maßnahme eine verhängnisvolle Verfälschung der Geschichte des antifaschistischen Kampfes, wenn das Denkmal mit der Begründung, es stehe für russische Besatzung, aus dem Straßenbild Tallinns entfernt wird“, betont Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR.

Es widerspreche jedem zivilisierten Umgang mit den Gräbern der Soldaten des Zweiten Weltkrieges und der Erinnerung an diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens Europa – nicht allein Estland – von der Bedrohung durch die Nazi-Barbarei befreit haben. In allen Ländern Europas sind solche Gedenkmale geschützt, sie werden in der Verantwortung der staatlichen Autoritäten bewahrt und gepflegt. Dies ist nicht allein eine humanitäre Verpflichtung, es entspreche auch der Perspektive, dass das neue Europa nur auf dem Fundament des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker errichtet werden konnte. Wer diese Erinnerung beseitigt, verlässt die demokratischen Grundlagen Europas. Eine solche Denkmalschändung lässt gerade jenen „Geist des Respekts“ vermissen, den UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon in der Debatte um dieses Mahnmal von allen Beteiligten verlangt hat.

„Wir sehen uns zudem durch die estnische Regierung bewusst getäuscht, die noch im März 2007 auf eine kritische Note der FIR ihre Botschaft antworten ließ, dass der Staatspräsident ein Gesetz, das die Versetzung des sowjetischen Kriegsdenkmals festlegen wollte, nicht ausfertigen werde, da das Gesetz gegen mehrere Paragraphen der Verfassung verstoße“, unterstreicht die FIR.

Verschiedene europäische Regierungen, wie beispielsweise aus Belgien mahnten die estnische Regierung zur Besonnenheit und Bewahrung der Erinnerung. Selbst die deutsche Bundeskanzlerin Merkel versuchte als Ratspräsidentin der Europäischen Union, vorsichtig auf die Estnische Regierung einzuwirken.

Offene Rückendeckung erhielten die Denkmalschänder nur von der NATO, die sich zugunsten der estnischen Haltung in den Konflikt einmischte und Russland aufforderte, die Proteste in Estland einzustellen, als wenn diese Proteste von der russischen Regierung „ferngesteuert“ seien, und von der polnischen Regierung, die ankündigte, dem estnischen Beispiel zu folgen und Mahnmale zur Erinnerung an den antifaschistischen Kampf beseitigen zu wollen. Man werde dazu noch in diesem Jahr ein Gesetzentwurf vorlegen, der sich - so die absurde Begründung - gleichermaßen gegen nationalsozialistische und kommunistische Denkmale richte.

Es bedarf der Wachsamkeit und der politischen Mobilisierung aller demokratischen Kräfte, solche Geschichtsrevision zu verhindern.

Ulrich Schneider

Exekutivausschusssitzung der FIR im Frühjahr in Brüssel

Anfang März 2007 traf der Exekutivausschuss in Brüssel zu seiner regulären Sitzung zusammen. Im Zentrum standen Fragen der politischen Schwerpunkte im Jahr 2007 und 2008, die geplante Konferenz im Europäischen Parlament zum Kampf gegen den zunehmenden Neofaschismus und die Rolle der Jugend, sowie die langfristige Vorbereitung der Jugendaktion „Auf den Gleisen der Demokratie“ in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. (Aktuelle Details in der nächsten Ausgabe des FIR-Bulletins)

Natürlich waren auch die aktuellen politischen Herausforderungen durch die neugebildete Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament und die drohende Kriegsgefahr durch die militärischen Bemühungen der USA im Mittleren Osten Thema der Debatte. Dazu lagen zwei Entschließungsanträge vor. Der Kassierer unserer Organisation erstattete einen Zwischenbericht über die Finanzen des vergangenen Jahres und einen ersten Überblick über die zu erwartenden Ausgaben 2007.

Zur neu gebildeten Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament

Mit großer Sorge verfolgt die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten Entwicklungen im Europäischen Parlament. Durch die Erweiterung der Europäischen Union um Bulgarien und Rumänien kamen weitere Abgeordnete offen rassistischer und extrem rechter Parteien ins Parlament. Damit wurde es möglich, dass die Gruppe der extrem rechten Parlamentarier eine eigene Fraktion unter dem Namen „Identität/ Tradition/ Souveränität“ (ITS) unter Führung des Holocaust-Leugner Bruno Gollnisch mit allen Rechten und einer großzügigen finanziellen Ausstattung bilden konnten.

Die FIR, die schon im Herbst 2006 bereits mit ihrer „Politischen Erklärung zur Gefahr durch die extreme Rechten in Europa – europäische Initiativen sind gefordert“ zu dem Problem deutlich Stellung genommen hat, warnt vor den Folgen dieser Entwicklung. Sie fordert – im Sinne der Erklärung von ENAR (European Network against Racism), dass die demokratischen Parteien und Fraktionen im Europäischen Parlament jegliche Zusammenarbeit mit diesem Zusammenschluss der extremen Rechten vermeiden. Gleichzeitig appelliert die FIR an die demokratischen Parteien und Fraktionen, Mittel für Programme zur politischen Integration, Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Xenophobie und Rassismus bereit zu stellen.

Die FIR als Dachorganisation ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen und ihre Mitgliedsverbände in über zwanzig Ländern Europas und Israel sind aus ihrer historischen Tradition und ihrer heutigen Verfasstheit ein verlässlicher Partner im politischen Handeln gegen extreme Rechte, gegen Rassismus und Antisemitismus und für die Entwicklung einer demokratisch fundierten Zivilgesellschaft.

Zu den drohenden Kriegsvorbereitungen gegen den Iran

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen und ihre Mitgliedsverbände in über zwanzig Ländern Europas und Israel warnt vor den aktuellen Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten und einiger NATO-Staaten gegen den Iran.

Wir registrieren mit großer Sorge die propagandistische Vorbereitung eines Militärschlages seitens der Bush-Administration, für die der gegenwärtige Präsident Irans mehrfach die Stichworte lieferte. Die Behauptung einer neuen atomaren Bedrohung durch den Iran ignoriert alle iranischen Erklärungen gegenüber der Internationalen Atomenergieorganisation und die Tatsache, dass in dieser Region bereits mehrere Staaten (Indien, Israel und Pakistan) über atomare Massenvernichtungswaffen verfügen. Sorge bereitet uns auch die strategische und logistische Kriegsvorbereitung, die sich beispielsweise in der Verstärkung der ausländischen Truppen und des militärischen Engagements in Afghanistan nieder-

schlägt. Es ist erkennbar, dass die imperialistischen Staaten in dieser Konfliktsituation nur eine Option haben, nämlich den Krieg.

Die FIR verurteilt solche Politik und fordert gemeinsam mit den Friedenskräften in aller Welt eine nicht-militärische Konfliktlösung unter Verantwortung der Vereinten Nationen. Dabei müssen sowohl die Interessen der iranischen Republik auf gesicherte Energieversorgung, als auch die Forderung nach nuklearer Abrüstung in der Welt berücksichtigt werden.

Internationale Kontakte der MEASZ Ukraine – Ungarn

Präsident der MEASZ und Vizepräsident der FIR, Vilmos Hanti, besuchte Ende März Kiew, wo er ein Treffen mit MUSUW, der ukrainischen Veteranenorganisation, hatte.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der Soldatenfriedhöfe und der Denkmäler für die Kriegsteilnehmer in den beiden Ländern, die die Erinnerung der jungen Generationen an die ungezählten Toten des Faschismus lebendig halten können.

Während des Treffens unterzeichneten General Vladimir Vorontsov, Präsident von MUSUV, und Vilmos Hanti, Präsident der MEASZ eine Kooperationsvereinbarung in Anwesenheit des ungarischen Botschafters in der Ukraine, Herr András Bársony.



Ungarn – Kroatien

Eine vierköpfige Delegation der Allianz der Widerstandskämpfer und Antifaschisten der Republik Kroatien (SUBNOR HR) unter Leitung ihrer Präsidentin Dr.sc. Vesna Culicovic-Konstantinovic besuchte Budapest. Die kroatische Delegation führte einen Meinungsaus-

tausch mit der Leitung der MEASZ über die Entwicklung der Kooperation zwischen den beiden Organisationen durch.

Die Gäste besuchten anschließend das Kloster von Pannonhalma und hatten ein kurzes Treffen mit Abt Asztrik Várszegi.

Serbien – Ungarn

Eine Delegation der MEASZ unter Leitung ihres Präsidenten Vilmos Hanti besuchte auf Einladung der Vereinigung der Kämpfer im Volksbefreiungskrieg von Serbien (SUBNOR Serbia) im April Belgrad.

General Slavko Popovic, Präsident von SUBNOR-Serbia, und Dr. Miograd Zajevec, Präsident des Komitees für internationale Beziehun-

gen betonten die Bedeutung der Beziehungen zwischen diesen beiden Organisationen. Präsident Hanti informierte die serbische Delegation über die Aktivitäten der MEASZ und gleichzeitig der FIR und FMAC. Er forderte SUBNOR Serbia auf, einen engeren Kontakt zur FIR zu entwickeln.

Russland – Ungarn

Eine vierköpfige Delegation der MEASZ unter Leitung von Präsident Vilmos Hanti besuchte auf Einladung des Moskauer Komitees des Russischen Veteranenverbandes Ende April Moskau. Der erste stellvertretende Präsident

des russischen Verbandes und Vorsitzender des Moskauer Komitees würdigte außerordentlich die Beziehungen zur MEASZ. Präsident Hanti drückte das Interesse der MEASZ aus, diese Beziehungen zukünftig zu intensivieren.

Nachruf für Avraham Cohen

Mit tiefer Trauer nehmen wir Abschied von Avraham Cohen, Vorsitzender des Israelischen Verbandes der verwundeten Veteranen des Zweiten Weltkrieges, der am 7. April 2007 im Alter von über 85 Jahren verstarb.

Avraham Cohen nahm in der Sowjetunion am großen Vaterländischen Krieg im Kampf gegen die faschistischen Invasoren teil und wurde für seinen Einsatz und seine Verdienste hoch geehrt. Noch im Jahr 2005 traf Avraham Cohen aus diesem Grunde mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen, als dieser Israel besuchte. Er war ein überzeugendes Beispiel für alle jüdischen Kämpfer gegen die faschistische Barbarei, die sich nicht der Rasse- und Vernichtungspolitik widerstandslos unterwerfen wollten.

Viele Jahre leitete er den israelischen Verband der verwundeten Veteranen des Zweiten Weltkrieges und war deren Repräsentant in der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Er nahm an zahlreichen Kongressen teil, war Mitglied der Generalversammlung und wurde auf dem XIII. ordentlichen Kongress 2004 in Berlin einstimmig zum Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR bestimmt. Er vertrat leidenschaftlich die Position des Staates Israel, setzte sich aber gleichzeitig gemeinsam mit der FIR für internationale Friedenslösungen im Nahen Osten ein.

Seine Verbundenheit mit der FIR zeigte er auch darin, dass er die Exekutiv-Mitgliedern der FIR mit der Medaille der jüdischen Kämpfer gegen den Faschismus zum 60. Jahrestag des Sieges auszeichnen ließ.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir möchten seinen Familienangehörigen und dem Verband der verwundeten Veteranen des Zweiten Weltkrieges unsere Anteilnahme und Mitgefühl ausdrücken.

Nachruf für Alix Lhote

Mit tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Kamerad, langjährigen Kampfgefährten und Mitstreiter in den Reihen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

Schon als junger Mann kämpfte er als Kommunist von der ersten Stunde an gegen die faschistische Okkupation Frankreichs. Er war Mitstreiter der "Résistance Intérieure Française" (RIF) und wechselte 1943 in die "Organisation civile et militaire" der Forces Françaises Combattantes (FFC).

Verhaftet wegen Sabotage wurde er in verschiedene Haftanstalten in Frankreich und in die Lager Struthof und Waldsee (Bayern) verschleppt.

Erst im Juni 1945 kehrte er nach Frankreich zurück. Von da an setzte er sich bis zuletzt mit seiner ganzen Kraft für die mit ihm deportierten Kameraden ein und engagierte sich für die Bewahrung der historischen Erinnerung.

In Frankreich setzte er sich besonders für seine Organisation, die "Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes" (FNDIRP) ein. Er übernahm zahlreiche verantwortliche Funktionen. Er war Mitglied im nationalen Komitee, im Generalrat und später im Exekutivbüro. seit 1998 war er gewähltes Mitglied im Ehrenkomitee.

Im gleichen Maße, wie für seine französischen Kameraden, engagierte sich Alix Lhote auf der internationalen Ebene in der FIR.

Schon im Jahre 1973 wurde er zum Generalsekretär gewählt. In dieser Funktion brachte er wichtige politische Initiativen der Organisation auf den Weg, so zum Beispiel das Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Rom, an dem die FIR, die FMAC, die CPAG und andere Dachorganisationen von Kriegsveteranen und Widerstandskämpfern für Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik eintraten.

Später übernahm Alix Lhote die Aufgaben eines Präsidenten, bevor er 2001 aus gesundheitlichen Gründen diese Funktion abgeben musste. Der 13. ordentliche Kongress der FIR 2004 in Berlin bestimmte ihn einmütig zum Mitglied des Ehrenpräsidiums.

Alix Lhote hat in seiner Heimat hohe Ehren und Auszeichnungen, wie das "Croix de Guerre" oder die Medaille des Widerstandes erhalten. Die höchste Ehrung war seine Ernennung zum Kommandeur der Ehrenlegion.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Seiner Frau und seinen Angehörigen, sowie der FNDIRP versichern wir unsere Anteilnahme und unser tiefstes Mitgefühl.

Wladimir Putin zum Tag des Sieges

In seiner Rede auf dem Roten Platz in Moskau zum Tag des Sieges am Mittwoch erklärte der russische Präsident Wladimir Putin u. a.:

Der Tag des Sieges vereint nicht nur die Völker Russlands, sondern auch unsere Nachbarn in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Wir sind zutiefst jener Generation dankbar, deren schweres Schicksal es war, den Krieg auf sich zu nehmen. Sie gaben ihre Traditionen der Brüderlichkeit und Solidarität an uns weiter, ihre wahrhaft hart erarbeitete Erfahrung von Einheit und gegenseitiger Hilfe. (...) Aber jene, die heute versuchen, diese unschätzbare Erfahrung herabzusetzen, die Denkmäler der Kriegshelden schänden, beleidigen ihr eigenes Volk, säen Feindschaft und Misstrauen zwischen Staaten und Menschen.

Wir haben nicht das Recht zu vergessen: Die Ursachen jedes Krieges muss man vor allem in den Fehlern und Fehlkalkulationen der Friedenszeit suchen, ihre Wurzeln aber – in der

Ideologie der Konfrontation und in Extremismus.

Um so mehr als in unseren Tagen Bedrohungen dieser Art nicht kleiner werden. Sie werden lediglich transformiert, verändern ihre Erscheinung. Und unter diesen neuen Bedrohungen – wie auch zur Zeit des »Dritten Reiches« – ist dieselbe Geringschätzung des menschlichen Lebens, derselbe Anspruch auf weltweite Exklusivität und Diktat.

Ich bin überzeugt, dass nur gemeinsame Verantwortung und gleichberechtigte Partnerschaft ermöglichen, diesen Herausforderungen zu widerstehen, ermöglichen, in gemeinsamer Anstrengung jedem möglichen Versuch zu begegnen, einen bewaffneten Konflikt auszulösen, die Sicherheit in der Welt zu untergraben.

Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald - Dora und Kommandos

Rede zum 62. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

Vor fast genau 62 Jahren, am 19. April 1945, schworen die Überlebenden von Buchenwald auf genau diesem Platz, dass sie beim Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit mithelfen würden.

Seit 62 Jahren erinnern die Überlebenden der Lager Buchenwald, Dora und Kommandos unaufhörlich an das Leid, das die nazistische Barbarei ihnen zugefügt hat, aber sie erinnern vor allem auch an die Solidarität und ihren Kampf gegen diese Ideologie der Willkür und der Menschenverachtung. Auf diese Weise wollen sie ihrem Schwur treu bleiben und durch ihr Beispiel und ihre Tat dazu beitragen, eine Welt des Friedens und der Toleranz zu schaffen.

Aber unsere Stimmen werden bald verstummen.

Unsere Stimmen werden verstummen, aber der Schwur vom 19. April 1945 bleibt. Die Erinnerung an Buchenwald und gegen die Gleichgültigkeit, das Vergessen und die Geschichtsfälschung bleibt. Und vor allem bleibt die Pflicht, dagegen zu kämpfen, dass wieder auflebt, was unter anderem der Schmelztiegel nazistischer Gräueltaten war: Angriffskriege, Terrorismus und Gewalt, Rassismus, Antisemitismus, nationalistische, ideologische und – heute - religiöse Intoleranz.

Jetzt müssen die heutigen und zukünftigen Generationen weitermachen. Wenn es uns, die ehemaligen Häftlinge nicht mehr gibt, dann tragen sie unsere Stimmen.

Generalversammlung des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK): "Rolle der NPD ist absolut alarmierend"

Vom 20. bis zum 22. April fand in Oswiecim/Auschwitz die Generalversammlung des Internationalen Auschwitz Komitees statt, zu der sich Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau und Vertreter von Auschwitz-Stiftungen aus 14 Ländern versammelt hatten. Zum ersten Mal nahmen an der Gene-

ralversammlung des IAK auch Repräsentanten der 2. und 3. Generation – Nachkommen von Holocaust Überlebenden – aus Griechenland, Israel und der Tschechischen Republik teil. Neben Fragen der zukünftigen pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte Auschwitz und der Unterstützung und Betreuung der Überlebenden in

vielen Ländern wurde mit großer Besorgnis über den Anstieg von Rechtsextremismus und Antisemitismus in Europa und die Rolle der neofaschistischen NPD bei der Vereinigung der rechtsextremen Kräfte in Deutschland diskutiert: „Die Rolle der NPD ist absolut alarmierend. Für uns ist es inakzeptabel, dass einer Partei, die ihre Gegner mit Gewalt bedroht und Freiheit und Demokratie beseitigen will, von der Gesellschaft ein solcher Aktionsrahmen zugebilligt

wird“, betonte Noach Flug, alter und neu gewählter Präsident des IAK aus Jerusalem. Darüber hinaus betonte Noach Flug die enge Verbindung des IAK zu der Arbeit der Vereinten Nationen: „Wir sind dankbar, dass die UN den 27. Januar – den Tag unserer Befreiung in Auschwitz – zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ernannt hat. Dies bewerten wir auch als Antwort auf den wiederholten Versuch des iranischen Präsidenten, den Holocaust in Frage zu stellen.

Zum Jahrestag der Befreiung von Mauthausen Befreiung, was denn sonst?

Mehr als 9000 Menschen kamen am 6. Mai 2007 zu der Gedenk- und Befreiungsfeier des Konzentrationslagers **Mauthausen** in Österreich. Auch zahlreiche Überlebende und internationale Delegationen, darunter eine Gruppe polnischer Überlebender (Foto), nahmen an der Veranstaltung zum 62. Jahrestag der Befreiung des Lagers teil.

In Mauthausen waren zwischen 1838 und 1945 mehr als 200000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert, etwa die Hälfte wurde dort umgebracht. Das Lager wurde am 7. Mai 1945 von der US-Armee befreit.



Erinnerung für den Frieden: 70. Jahrestag der Bombardierung von Guernica durch die Legion Condor Aus der Erklärung von Gernika: Deutsch-Baskischer Kulturverein e.V.

Die Bombardierung Gernikas am 26. April 1937 durch die deutsche Legion Condor ist als „Zivilisationsbruch“ in die Geschichte eingegangen. Es war die erste Zerstörung einer Stadt hinter den Linien. Es war gleichzeitig die Vernichtung der „heiligen Stadt der Basken“, Symbol ihrer freiheitlich-demokratischen Traditionen und ihrer selbstbewussten Kultur. Für die Machthaber des faschistischen Deutschlands war die Zerstörung Gernikas „ein voller Erfolg der Luftwaffe“. Sie machten Spanien zum Testfeld für den bereits in der Vorbereitung befindlichen 2. Weltkrieg.

Picassos Bild „Guernica“ verewigte das Verbrechen, das Entsetzen im Angesicht der Verheerungen des Krieges. Es ist die Bild gewordene Anklage seiner Opfer. „Guernica“ ist bis auf den heutigen Tag Symbol der Ablehnung des Krie-

ges und seiner zerstörerischen Gewalt schlechthin.

70 Jahre nach der Bombardierung Gernikas sind diese Tat und die Verantwortung der deutschen „Legion Condor“ dafür weitgehend aus dem Gedächtnis unseres Landes verschwunden. Erst im vergangenen Jahr tilgte die Bundeswehr die Namen von daran Beteiligten von Kasernen, Schiffen und Straßen auf ihren Standorten. Während sich der spanische Ministerpräsident Jose Luis Rodriguez Zapatero im Oktober 2006 bei den deutschen Angehörigen der Internationalen Brigaden für deren Größe und Mut und deren Opfer bei der Verteidigung der Idee der Demokratie und der Freiheit im spanischen Bürgerkrieg bedankte, steht eine Ehrenerklärung der deutschen Regierung für diese Frauen und Männer immer noch aus

Wir halten es für dringend geboten, dass nach dem Brief des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1997 an die Überlebenden Gernikas die Bundesregierung nun auch die längst fällige Anerkennung des Beitrags der deutschen Kämpfer auf Seiten der spanischen Republik für ein antifaschistisches und demokratisches Europa vollzieht. Wir wollen aus dem Geschehen

vor 70 Jahren Lehren ziehen für eine Zukunft, die den Hass überwindet, Mut zum Vertrauen zeugt. Um dieser friedlichen Zukunft willen muss das Geschehen von vor 70 Jahren seinen festen Platz im kollektiven Gedächtnis der Basen und der Deutschen einnehmen.

Kampf um soziale Anerkennung der Widerstandskämpfer

Immer wieder erhält die FIR von ihren Mitgliedsverbänden Berichte und Schreiben, in denen auf die Probleme der politischen Anerkennung und der sozialen Versorgung der ehemaligen Widerstandskämpfer und Deportierten hingewiesen wird. Es ist ein politischer und menschlicher Skandal, dass diejenigen, die für die Freiheit ihres Landes gekämpft haben, noch Jahrzehnte später für eine moralische Anerkennung und angemessene materielle Absicherung eintreten müssen. Drei Beispiele der vergangenen Wochen seien hier kurz dokumentiert:

Griechenland

Die panhellenische Organisation der Kämpfer des nationalen Widerstandes 1941 - 1944 (PO-AEA) informierte die FIR über eine Initiative, die eine gesetzliche Neuregelung der materiellen Entschädigung für Widerstandskämpfer umfassen soll.

Insbesondere fordert die Organisation, dass die Entschädigung für Widerstandskämpfer des Partisanenkampfes von 1941 - 1944 der Entschädigung für die Militärangehörigen der griechischen Streitkräfte von 1940 - 1941 angepasst wird.

Seit mehr als 20 Jahren wird über diese Forderung diskutiert und verschiedene Urteile und Entscheidungen zugunsten der Widerstandskämpfer wurden bereits gefällt. Nun sei es endgültig an der Zeit eine gesetzliche Regelung zu treffen.

Mit einer solchen Regelung könne die Regierung ihre Sensibilität und Großzügigkeit, ein Mindestmaß an moralischer Wiedergutmachung und gesellschaftlicher Anerkennung gegenüber den Kämpfern der Résistance unter Beweis stellen.

Lettland

Die lettische Union der Veteranen des Korps der lettischen Schützen und der Brigaden der lettischen Partisanen berichten von folgendem Skandal:

In Lettland ignorieren die regierenden Kreise und Ämter nach wie vor die soziale Not der armen und kranken antifaschistischen Veteranen, die in Armut leben, nicht nur, sondern verweigern ihnen die Anerkennung des gesetzlichen Status als Kämpfer des patriotischen Anti-Hitler-Krieges.

Zur gleichen Zeit macht man die Teilnehmer der lettischen Waffen-SS – Freiwilligenlegion zu Helden, die an der Seite des faschistischen Deutschlands gekämpft haben. Die lettische Regierung bezahlt ihnen aus dem Staatsbudget eine zusätzliche Rente.

Die Patrioten, die ihre Heimat an der Seite der Antihitlerkoalition mit Waffen befreit hatten, werden Okkupanten und Koloborizionisten genannt. Sie werden verfolgt und vor Gericht gestellt. Unter ihnen ist der ehemalige Partisan Kononow. Er wurde im September 2004 von dem Obersten Gericht Lettlands verurteilt, in

seiner Partisanentätigkeit Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Die Verurteilung Kononows betrachten wir als Verhöhnung seiner Ehre und Würde und auch bezogen auf das Andenken an die Helden, die für die Befreiung ihrer Heimat und der europäischen Länder von der braunen Pest gefallen waren. Wir sind stolz darauf, dass Kononow in der Partisanenabteilung über 40 Ablenkungsangriffe auf deutsche Militärobjekte, darunter 14 Eisenbahnzüge mit Militärtechnik und Wehrmachtstruppen, die an die Front geschickt wurden, persönlich vorbereitete und umsetzte.

Kononow legte Klage gegen das Urteil beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg ein. Es sind nun zweieinhalb Jahre vergangen, aber die Klage ist bislang nicht bearbeitet worden, ungeachtet der Bitte, die Sache zu beschleunigen unter Berücksichtigung, dass Kononow am 1. Januar 2007 84

Jahre alt wurde, er schwerbehindert ist und sich seine Gesundheit wegen der Haft stark verschlechtert hat.

Wir müssen feststellen, dass das Europäische Gericht in Strasbourg sich von den Mächtigen in Lettland gängeln lässt und alles versucht, die Sache zu Lebzeiten Kononows nicht zu untersuchen. So hat das Gericht auch in Bezug auf andere Veteranen des Krieges aus Lettland, die

sich wegen Verletzung der Menschenrechte an das Gericht gewendet hatten, gehandelt.

Mit seinen kämpferischen Heldentaten hat Kononow es verdient, dass die ungerechte Anschuldigung noch zu seinen Lebzeiten aufgehoben wird. Wir, Kämpfer gegen das Naziregime, bitte um ihre Mithilfe in der Beschleunigung der Behandlung der Klage Kononows.

Zypern

Der zypriotische Verband der Veteranen des Zweiten Weltkriegs fordert - Bezug nehmend auf eine Ankündigung der französischen Regierung für Kriegsveteranen aus früheren Kolonien - von der britischen Regierung eine materielle Entschädigung für Veteranen des Zypern-Regiments, die von 1939 bis 1945 an der Seite der britischen Armee kämpften. Auch Kriegervitwen sollten, wenn sie nicht wieder verheiratet sind, gleichermaßen unterstützt werden. In einem Schreiben heißt es:

"Es gibt hunderte alter Veteranen in unserem Land - und wir sind sicher in vielen anderen Ländern auch, die an der Armutsgrenze leben. Es ist an der Zeit, dass die Länder, für die sie kämpften, einsehen, dass sie ihnen etwas schulden."

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände sind aufgerufen, solche Forderungen zur sozialen Versorgung von Veteranen des antifaschistischen Kampfes aktiv zu unterstützen.

SUBNOR Serbien warnt vor Verletzung des internationalen Rechts

In einer aktuellen Entschließung der Leitung von SUBNOR of Serbia werden alle Versuche der Lösung des Problems Kosovo und Metohia, die unter Bruch des internationalen Rechts auf eine Abtrennung hinzielen, zurückgewiesen. SUBNOR Serbia warnt vor einer Annahme einer Resolution der USA und der Europäischen Union durch die Vereinten Nationen, in der eine Abtrennung des Kosovo gefordert wird.

Die Veteranen des Nationalen Befreiungskrieges weisen den Vorschlag von Marti Ahtisari über den zukünftigen Status des Kosovo als einseitig und unausgewogen zurück.

Sie begrüßen die prinzipielle Haltung von Russland, China und anderen Ländern und hoffen, sie werden eine erneute Missachtung der Charta der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts verhindern.

Eine gewaltsame Antrennung von Kosovo und Metohia würde große Verbitterung und eine unkontrollierbare Situation unter der serbischen Bevölkerung im Widerstand gegen eine solche Entscheidung hervorrufen.

Dies würde ohne Zweifel unvorhersehbare Konsequenzen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in anderen Teilen der Welt haben.

Portugal

Europäisches Neonazitreffen verhindert.

Zu Hitlers Geburtstag, den 20. April 2007, sollte ein Treffen der "European National Front", dem Zusammenschluss von extrem rechten Gruppen und Parteien aus 11 Ländern, in Portugal stattfinden. Die portugiesische Juventude Nacionalista hatte nach Lissabon eingeladen.

Teilnehmen sollten Vertreter von Noua Dreapta (Rumänien), NPD und "Freier Widerstand" (Deutschland), Front National (Frankreich), Furca Nova (Italien), "Combat Espana" (Spanien) und British National Party (England) sein.

Geplant waren Referate und Konzerte mit Nazi-Skin-Musik.

Aufgrund verschiedener Proteste aus Portugal und anderen europäischen Ländern wurde dieses Treffen verboten und polizeilich unterbunden. Aus dem Ausland anreisende Neonazis erhielten die Auflage, das Land innerhalb kurzer Zeit wieder zu verlassen.

Damit wurde ein erneuter Versuch der neofaschistischen Organisationen, sich europäisch zu vernetzen, verhindert. Die Antifaschisten müssen jedoch weiterhin wachsam bleiben.

Ulrich Schneider

15 Jahre internationalistische Arbeit der DRAFD

Der Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung "Freies Deutschland" (DRAFD) begeht am 24. Mai 2007 den 15. Jahrestag seiner Gründung. Entstanden als erster gesamtdeutscher antifaschistischer Verband, hat er über Jahre hinweg einen spezifischen und zugleich unverzichtbaren Beitrag zur Vermittlung zukunftsorientierter Geschichtskennntnisse geleistet. Mit seiner Gründung konnte die bisher nur sporadische Zusammenarbeit zwischen der IDEW, der in der Bundesrepublik bestehenden Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern, und einer in der DDR gebildeten Arbeitsgruppe bewaffneter Kämpfer in den Reihen der Antihitlerkoalition und der Partisanenverbände auf qualitativ neuer Stufe fortgesetzt werden. DRAFD steht damit in der Tradition jener deutscher Antifaschisten, die sich bewusst in die weltumspannende Antihitlerkoalition eingereicht hatten, um damit auch einen Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Barbarei zu erbringen. Es waren zwar nur wenig mehr als tausend Deutsche, in der Hauptsache politische Emigranten, die in den Streitkräften der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der USA wie auch in Partisaneneinheiten verschiedener Länder an diesem spezifischen Abschnitt des weltweiten und deutschen Widerstandes teilnahmen. Ihr Beitrag sollte weder überschätzt noch vergessen werden.

Durch Publikationen, darunter dem 1995 herausgegebenen Standardwerk "Im Bunde mit dem Feind" und den 2005 unter dem Titel "Gegen Hitler" erschienenen über 1000 Kurzbio-

graphien, sowie spezielle Ausstellungen und nicht zuletzt zahlreiche Treffen mit vor allem jüngeren Menschen hat der Verband DRAFD eine aktive Tätigkeit entfaltet.

Gerade die dokumentarisch aussagekräftigen Ausstellungen "Deutsche in der Résistance" und "Für Deutschland. Gegen Hitler" fanden in zahlreichen deutschen Städten, aber auch in Russland, in Frankreich, in den Niederlanden, in Belgien und in Italien eine lebhaft Beachtung. Vertreter von DRAFD beteiligten sich an Tagungen und Treffen von anderen antifaschistischen Organisationen sowohl in Deutschland wie in weiteren Ländern, organisierten darüber hinaus Jugendreisen zu Orten des antifaschistischen Kampfes. Mitglieder von DRAFD wurden von den Präsidenten Frankreichs und Russlands 2004 zu den Feiern anlässlich des 60. Jahrestages der Landung in der Normandie und der Befreiung von Paris sowie dann 2005 zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus nach Moskau eingeladen. Darüber hinaus wurden Mitglieder von DRAFD durch hohe staatliche französische, russische und amerikanische Auszeichnungen geehrt.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen und zwar internationalen Abwehr einer leider wieder auflebenden faschistischen Gefahr ist heute dringender wie seit langem nicht mehr. Auch deshalb pflegt DRAFD als Mitglied der FIR möglichst enge Kontakte zu allen, die sich den antifaschistischen Traditionen verbunden fühlen und in diesem Sinn für eine weitere Festigung des internationalen Friedens im Geiste humanistischer Solidarität eintreten.

André Lohmar

Grußwort der FIR anlässlich des 65. Jahrestages der Demonstration für Frieden und Freiheit in Budapest

Meine Heimatland Baden im Süden Deutschlands hat eine große Gemeinsamkeit mit dem Anlass der damaligen Demonstration für Frieden und Freiheit, nämlich die große bürgerliche Revolution im Jahre 1848, die die europäischen Fürstnhäuser gehörig aufschreckte. Hier, wie in meiner Heimat, ist diese Revolution brutal zusammen geschossen worden.

Schon damals war es der große gemeinsame Wille nach Freiheit, Gleichheit und nach ver-

brieften Rechten des einzelnen Menschen, der unsere Vorfahren auf die Straßen und auf die Barrikaden trieb.

Dass es fast hundert Jahre danach noch einmal möglich gewesen ist, das brutalste Regime der Menschheitsgeschichte, das deutsche Naziregime, über Europa auferstehen zu lassen, war ganz sicher nicht im Sinne dieser Kämpfer für die Ziele und Ideale des Humanismus. In der Tradition dieser Kämpfer stand die Demonstration vom März 1942.

Zu jeder Zeit bedurfte es eines hohen Mutes, einer großen Zivilcourage, gegen alles Herrschende, gegen die Trägheit und Anpassung, gegen die eigene und kollektive Angst, für neue Perspektiven für sich und für die Anderen auf die Strasse zu gehen. Sie alle haben es getan mit dem Wissen, dass dies Konsequenzen für das eigene Leben und das der Familie sowie für sein Hab und Gut haben wird.

Diese Gedenkveranstaltung ist daher nicht hoch genug einzuschätzen, wenn wir hier und heute klarmachen wollen, was wir klar machen müssen, dass es mit uns keinen Geschichtsrevisio-nismus, keine Umdeutung der Geschichte geben wird, dass es mit uns keine Verherrlichung der faschistischen Verbrechen geben wird.

Wir sagen es ganz laut und unmissverständlich: **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Das sagen wir in aller Deutlichkeit auch denen, die vor einigen Wochen in Budapest auf dem Platz der Republik aufmarschiert sind.

Die FIR hat im September 2006 in ihrer „**Politi-schen Erklärung über die Gefahr der extre-men Rechten – Europäischen Initiativen sind notwendig**“ auf das Treiben der Rechten in ganz Europa hingewiesen und gemeinsames Handeln in Europa gegen die Rechten einge-fordert.

Wer die Notwendigkeit immer noch nicht er-kannt hat, dem muss mit der Bildung einer neo-faschistischen Fraktion im Europaparlament allmählich ein Licht aufgehen.

Dass wir uns nicht allein auf die Politik verlas-sen dürfen, hat die Vergangenheit bewiesen.

Umso mehr freuen wir uns, dass Länder- und Parteiübergreifend Abgeordnete aller europäi-schen Parlamente sich in der ENAR (European Network against Racism) zusammengeschlos-sen haben und sich für europäische Initiativen ausgesprochen haben.

Im Kampf gegen Rechts sind jedoch auch ge-sellschaftliche Initiativen notwendig.

In Deutschland haben wir eine Kampagne für das Verbot der neofaschistischen NPD ge-startet und wollen bis November 100.000 Un-terschriften sammeln.

Auf Veranlassung der MEASZ wird im Juni 2007 mit Unterstützung der sozialistischen Fraktion im Europaparlament in Brüssel eine Jugendkonferenz zum Thema "Jugend gegen Neofaschismus in Europa",

und mit belgischer Unterstützung im Jahre 2008 eine großes Jugend-Treffen am KZ Bu-chenwald stattfinden.

Wir danken der MEASZ und natürlich unserem Vizepräsident Vilmos Hanti für die Unterstüt-zung der Arbeit der FIR. Die enge Verbunden-heit der FIR und der MEASZ wird durch die heutige Veranstaltung noch einmal unterstri-chen und wird auch zukünftig zu positiven Er-gebnissen führen.

Ich hoffe, wir alle sehen uns noch oft bei sol-chen Gelegenheiten, bis sich der Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 von Zehntau-senden KZ-Häftlingen, darunter vielen Hunder-ten Ungarn, erfüllt hat:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Heinz A. Siefritz

Bulgarien

Politisches Gedenken zum 125. Geburtstag von Georgi Dimitroff

Die internationale Stiftung „Georgi Dimitroff“ und die Bulgarische Antifaschistische Union organisieren Anfang Juni 2007 in Sofia unter dem Titel „Georgi Dimitroff in der heutigen Welt“ eine geschichtspolitische Konferenz, auf der über die Aktualität der politischen Analysen und Orientierungen Dimitroffs für antifaschistische Arbeit im 21. Jahrhundert debattiert werden soll.

Dimitroffs Einschätzungen des Faschismus und der Möglichkeiten antifaschistischer Einheits-front und Bündnispolitik sind wichtige Aspekte,

über die anlässlich der Feierlichkeiten zum 125. Geburtstag nachgedacht werden soll.

Getragen wird die Konferenz von einem breiten gesellschaftlichen Komitee aus Intellektuellen, Kulturschaffenden, Vertretern verschiedener politischer Parteien und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs).

Die FIR und zahlreiche Mitgliedsverbände wur-den zu dieser Konferenz nach Sofia eingeladen.

Dokumentation der Brüsseler Konferenz 2006 Antifaschismus in Europa

Ende Mai erschien die Dokumentation der gemeinsamen Konferenz der FIR und der GUE/NGL – Fraktion im Europäischen Parlament „60+1 Jahr Antifaschismus in Europa“. Unter den Überschriften „Die politische Gefahr der extremen Rechten“, „die politische Arbeit der antifaschistischen Verbände“, „Umgang mit Geschichte und Gedenkstätten“ und „Herausforderungen und Perspektiven des antifaschistischen Kampfes heute“ sind auf 136 Seiten alle eingereichten Beiträge der Konferenz in deutscher Sprache abgedruckt.

Auch einige Monate nach der Konferenz sind diese Texte immer noch von großer Aktualität, da sich die politischen Probleme, zu denen sie Stellung nehmen, nicht grundlegend verändert haben. Dabei sind die Texte eindrucksvolle Zeichen der politischen Vielfalt der Arbeit der Mit-

gliedsverbände der FIR in Ost-, Mittel- und Westeuropa.

Die Dokumentation ist im Pahl – Rugenstein - Verlag, Bonn erschienen.

Der Ladenpreis beträgt 12,00 €. Mitglieder der FIR können den Band über die FIR für 10,00 € (zuzüglich Porto) erhalten.

Bestellungen der Mitgliedsverbände liefern wir zu Sonderkonditionen aus:

10 Ex. 90,00 € (zuzüglich Porto),

20 Ex. 160,00 € (incl. Porto)

50 Ex. 350,00 € (incl. Porto).

Bestellungen sind an das Büro der FIR in Berlin zu richten.

Eine zweisprachige Ausgabe in englischer und französischer Sprache ist für den Herbst in Vorbereitung.

Ein neuer Internet-Auftritt der FIR

Nachdem unsere Organisation seit zwei Jahren einen ersten Auftritt im Internet hat, ist nun die Präsentation der Organisation grundlegend überarbeitet worden. Die Funktionalitäten und Angebote sind übersichtlicher gestaltet worden, die Möglichkeiten, schnell zu reagieren und unsere Positionen im Internet aktuell zu verbreiten, sind verbessert worden.

Zukünftig wird auch dieses FIR – Bulletin als PDF-Dokument auf der Web-Site hinterlegt, so dass es allen Verbänden möglich wird, bei Bedarf weitere Exemplare für ihre Mitglieder zu vervielfältigen.

Verbessert wurde auch die Liste der Mitgliedsverbände dahingehend, dass alle Verbände, deren Internet-Adressen wir vorliegen haben, verlinkt worden sind. Wir haben nun die dringende Bitte, dass alle Mitgliedsverbände erstens

kontrollieren, ob die Zugangsdaten für ihre Internetpräsentation noch aktuell sind (Änderungen bitte per E-Mail an das Büro in Berlin), und zweitens auf ihren eigenen Homepages einen Link auf die Seite der FIR setzen.

Damit verbessern wir nicht nur die Verbindung zwischen den Mitgliedsverbänden auf elektronischem Wege, sondern tragen auch dazu bei, dass unsere eigene Web-Site besser durch Suchmaschinen im Internet gefunden werden kann.

Falls wir Hilfestellungen geben sollen für eine entsprechende Verlinkung, teilt uns das ebenfalls per E-Mail mit.

Ulrich Schneider

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),
Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D- 10243 Berlin, Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung (neu!): Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107**, Kontoinhaber FIR, IBAN **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-BIC: **PBNKDEFF**

Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben. Spenden erbeten.